

Die deutschen politischen Stiftungen

Ihr Engagement in den Entwicklungsländern bleibt wichtig

So sehr wir uns einen stiftungskritischen Artikel gewünscht hätten, es gibt offenbar kaum jemanden außerhalb dieser Parteienabteiler, der ihn schreiben könnte. Dies gilt aus unserer Sicht besonders für Südostasien. Ganz so, als ob sie etwas zu verbergen hätten, geben die Stiftungen selbst auf konkrete Nachfrage überwiegend nur geschönte bzw. inhaltsarme Hochglanzprospekte an die Öffentlichkeit. Eine Analyse ihrer Tätigkeit, die jährlich mit Millionenbeträgen aus Steuermitteln finanziert wird, ist somit ohne erheblichen Aufwand nicht möglich. Auch der Autor dieses Beitrages, der immerhin als ranghoher Diplomat langjährig im Dienst des Auswärtigen Amtes gestanden hat, verfügt nur über öffentlich zugängliche Quellen. Sein Artikel bietet im Rahmen des zur Verfügung stehenden Platzes einen Überblick über Geschichte, Ziele und Schwerpunkte der Stiftungen, ohne in besonderer Weise auf die Region Südostasien einzugehen, die, so der Autor, für das Profil der Stiftungen weniger maßgeblich sei. Die Redaktion

Das Gesamtbild

Die deutschen politischen Stiftungen haben sich schon bald nach ihrer Errichtung in den 50er Jahren in den Entwicklungsländern engagiert. Entsprechend verbreitert und nach außen orientiert haben sich dadurch die Aufgaben, die zunächst die Schwerpunkte ihrer Arbeit waren. Im Vordergrund standen die politische und gesellschaftliche Bildungsarbeit und die Förderung von Kunst und Kultur. In der Phase der Öffnung nach außen kamen als immer wichtiger werdende Aufgaben hinzu: die Förderung internationaler Verständigung und die Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Diese Aufgaben wurden mit zum Teil erheblichen Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt, insbesondere dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Bundesministerium des Inneren und dem Auswärtigen Amt, finanziert. Sie sind projektgebunden und unterliegen der Kontrolle des verantwortlichen Ressorts.

Die politischen Stiftungen etablierten sich in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland unter den Augen einer Öffentlichkeit, die durch eine kritische Medienberichterstattung sensibilisiert war. Diese Kritik, die sich nicht zuletzt an den nicht näher spezifizierten Globalzuschüssen zur demokratischen und gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit der Stiftungen aus dem Haushalt des Bundesministeriums des Innern entzündete, bewirkte, daß sich die politischen Parteien und die ihnen nahestehenden Stiftungen in einem nicht ganz einfachen Prozeß rechtlich und finanziell voneinander abgrenzten. Gefördert wurde

diese Entwicklung durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Parteispenden (1958) und zur Parteienfinanzierung (1966). Ein Versuch der GRÜNEN im Jahr 1983, durch eine Organklage die Praxis der Globalzuschüsse an die politischen Stiftungen zu verbieten, scheiterte an dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1986, das diese Praxis für verfassungsrechtlich zulässig erklärte.

Was die GRÜNEN mit ihrer Klage am allerwenigsten erreichen wollten, trat ein. Mit der von ihnen erwirkten verfassungsmäßigen Klarstellung des Rechtsverhältnisses zwischen Staat, politischen Parteien und ihren Stiftungen waren die Bedingungen für die weitere Alimentierung der Stiftungen aus öffentlichen Mitteln bestätigt. Die Stiftungen konnten ihre vielfältigen Aktivitäten weiter entwickeln und sich selbst auf hohem Niveau konsolidieren. Die von den GRÜ-

NEN erzwungene Klarstellung brachten ihnen selber erhebliche Vorteile, als sie die von ihnen vergeblich bekämpfte Stiftungsfinanzierung aus öffentlichen Mitteln für eine eigene Stiftung in Anspruch nehmen wollten. Um an die begehrte und von ihnen so bezeichnete "Staatsknete" zu gelangen, mußten sie die Grundsätze akzeptieren, die 1971 für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den politischen Stiftungen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit den Stiftungen erarbeitet worden waren. An diesen Grundsätzen orientiert sich bis zum heutigen Tage eine Zusammenarbeit, die von allen Betroffenen gutgeheißen wird. Der entscheidende Abschnitt lautet: "Die politischen Stiftungen unterstützen Partner in Entwicklungsländern, die im Rahmen der durch die Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen festgelegten Ziele einen strukturwirksamen Beitrag leisten zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, zur Verbreiterung der politischen Mitwirkung und zur Stärkung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit ihres Landes".

Die ursprünglich vier anerkannten deutschen politischen Stiftungen waren die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung. Sie erhielten 1970 aus dem Bundeshaushalt an globalen Zuwendungen und Projektmitteln insgesamt 74,3 Mio. DM. Zwanzig Jahre später, 1990, erhielten sie, diesmal einschließlich der fünften Stiftung, des Stiftungsverbandes Regenbogen der GRÜNEN, 542,9 Mio. DM, also gut das Siebenfache. Innerhalb dieser Summe belief sich die Unterstützung für die Regenbogenstiftung auf 13,4 Mio. DM. Die Aufteilung dieser Zuweisungen auf globale Beträge und projektgebundene Mittel hat sich in dem gleichen Zeitraum zugunsten der globalen Mittel verändert. Von 1970 bis 1990 stiegen diese auf 146,1 Mio. DM und damit um das Zehnfache. Die projekt-



Profit statt Protest - Die Bekämpfung der Armut durch Kleingewerbeförderung ist ein Schwerpunkt der Ebert- und der Adenauer-Stiftung in Südostasien aus: gtz info 6/91, S. 9

gebundenen Mittelzuweisungen erhöhten sich um das Siebenfache auf 396,8 Mio. DM.

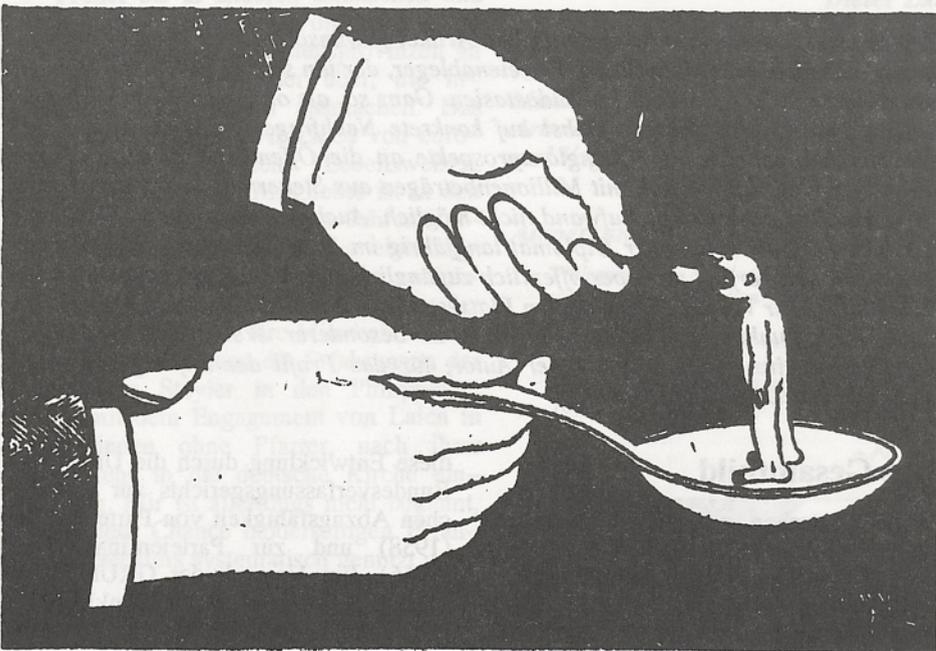
Die Stiftungen haben mit den Zuwendungen ihre Arbeit finanziert, wobei sich der Schwerpunkt zunehmend auf die Entwicklungsländer verlagerte. Gut die Hälfte ihrer Mittel haben die Stiftungen im Schnitt für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ausgegeben. Den Jahresberichten der Stiftungen ist gemeinsam, daß sie diesen Schwerpunkt als Herausforderung für ihre Arbeit ansehen und begrüßen. Die Stiftungen haben hierfür bereits bestehende Auslandsverbindungen genutzt, sie haben aber auch Neuland betreten und damit ihre Projektpalette erweitert, sowohl regional als auch fachlich.

Die Grünen nach dem BVG-Urteil von 1986

Das bereits genannte Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1986 war ein Markstein in der Geschichte der Grünenbewegung. Nach intensiven und auch selbstquälerischen Debatten beschloß die Grünenpartei 1988 die Anerkennung des zuvor gegründeten **Stiftungsverbandes Regenbogen**, Dortmund, als parteinahe Stiftung. Sie war die jüngste der damit fünf anerkannten deutschen politischen Stiftungen und der Dachverband von Heinrich-Böll-Stiftung in Köln, Buntstift in Göttingen und Frauen-Anstiftung in Hamburg. Der Stiftungsverband fördert politische Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Kontakte, Kommunikation und Bildungsarbeit im internationalen Bereich. Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen stehen im Vordergrund der Arbeit. Die Einzelstiftungen arbeiten auch im Ausland eigenständig.

Der neue Stiftungsverband beantragte sofort nach seiner Anerkennung durch die Grünenpartei 1988 für das Haushaltsjahr 1989 einen Globalzuschuß von 8,7 Mio. DM aus den Mitteln des Bundesministeriums des Innern. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags bewilligte mit 4,2 Mio. DM etwa die Hälfte der beantragten Summe. Damit kam die "Staatsknete"; die GRÜNEN hatten ihre selbst errichtete finanzielle Sperrmauer durchbrochen. Es war ein nachhaltiger Erfolg. Denn als die Grünenpartei die gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 verlor und aus dem Bundestag ausschied, blieb die Stiftung gleichwohl auf der Liste der Zuwendungsempfänger. Ihre Globalzuteilung wurde unwesentlich gekürzt. Bei Projektmitteln erhielt die Stiftung sogar steigende Zuwendungen, so daß ihre Gesamtlage sich wesentlich verbesserte. Insgesamt erhöhten sich die verfügbaren

Fördermittel von 13,4 Mio. DM im Jahr 1990 auf 16,7 Mio. DM im Jahr 1991 und auf 25,2 Mio. DM 1992 (Soll). Diese Zahlen sind auch ein Ausdruck der positiven Einschätzung der Projektarbeit der Stiftung durch die öffentlichen Geldgeber. Die Stiftung ist für die Weiterleitung der Mittel an die den Verband tragenden drei Stiftungen verantwortlich. Dazu wurde ein entsprechendes Entscheidungsgremium geschaffen.



aus: epd-Entwicklungspolitik 7/93, S. 30

Die Heinrich-Böll-Stiftung

Die zum Regenbogenverband gehörende **Heinrich-Böll-Stiftung** wurde 1987 errichtet. Sie ist als Institution dem literarischen, demokratischen, moralischen und politischem Engagement verpflichtet, für das die Person Heinrich Böll Vorbild ist. Schwerpunkt ihrer Auslandsarbeit ist Ost- und Südosteuropa. Daneben werden Nord-Süd-Beziehungen unterhalten, etwa zu Brasilien, Bolivien, El Salvador, Thailand. Aus der strukturellen Ungleichheit des Nord-Süd-Verhältnisses wird gefolgert, daß der "Norden sich ändern muß, damit sich im Süden etwas ändern kann".

Buntstift e.V.

Die zweite Einzelstiftung des Regenbogenverbandes ist die **Buntstift e.V.** Sie ist die Föderation der grün-nahen Landesstiftungen und Bildungswerke. Sie will durch politische Bildungsarbeit eine Gesellschaftspolitik fördern, die an sozialen, ökologischen, basisdemokratischen und gewaltfreien Grundsätzen orientiert ist. In ihrer internationalen Arbeit stehen die Regionen Mittelamerika, Südliches Afrika und der Nahe Osten im Vordergrund. In Zusammenarbeit mit Gruppen vor Ort führt sie in diesen Regionen Projekte der Strukturhilfe und politischen Bildungsarbeit

durch, die der Verteidigung der Menschenrechte und der Förderung der Emanzipation dienen.

Frauen-Anstiftung

Frauen-Anstiftung ist der dritte Träger der Arbeit der Regenbogenstiftung. In ihrer Satzung steht: "Der Verein setzt sich zum Ziel, die kulturelle, gesellschaftliche und politische Bildung von Frauen zu fördern." Die Stiftung

setzt sich für eigenständige Orientierungsprozesse von Frauen in ihren jeweiligen Ländern ein. Sie arbeitet in Projekten, die die Autonomie und Selbstbestimmung von Frauen zum Ziel haben. Nach ihrer eigenen Einschätzung hat sich die Arbeit mit dem "Geldsegen" aus den öffentlichen Kassen seit Herbst 1989 als politische Bildungsarbeit von und für in- und ausländische Frauen konkretisiert. Es muß sich noch erweisen, ob sich der aus der deutschen Frauenbewegung entstandene Ansatz für die Frauenarbeit auf andere Gesellschaftssysteme, etwa in den Entwicklungsländern, übertragen läßt.

Die Hanns-Seidel-Stiftung

Die der CSU nahestehende **Hanns-Seidel-Stiftung**, München, hat nach eigenem Bekunden ihre Bemühungen stets darauf gerichtet, im europäischen Umfeld Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu Stabilität und Fortschritt beizutragen. Ein weitgespanntes Vortrags- und Veranstaltungsprogramm behandelt aktuelle Probleme der deutschen und der europäischen Gesellschaft. Die christlich-soziale Verantwortung wird als Aufgabe empfunden und als Richtschnur für die eigene Arbeit verstanden. Die traditionell enge Verbindung der Stiftungsarbeit mit Europa hat durch die politische Ent-

wicklung der letzten Jahre einen starken Auftrieb erfahren, der von der Stiftung auch als Bestätigung des eigenen Standpunktes verstanden wurde.

Parallel dazu hat sich die Stiftung in den vergangenen Jahren um engere Verbindung mit solchen Gruppen in Entwicklungsländern bemüht, von denen sie Verständnis für die eigenen Grundsatzeinstellungen erwartete. Darin wurde sie in der Regel nicht enttäuscht. Durch die politischen Umwälzungen in Europa und den weltweiten Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaften sieht sich die Stiftung in ihrer Konzeption bestätigt. Dies hat sie veranlaßt, ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Damit strebt sie nach eigener Aussage folgende Ziele an: Aufbau ordnungspolitischer Rahmenbedingungen für demokratische und rechtsstaatliche Strukturen; Rechtssicherheit, einschließlich Berechenbarkeit von Justiz und Verwaltung; Schutz der Minderheiten; Korruptionsbekämpfung; Abbau überhöhter Militärausgaben; liberale Wirtschaftsordnung; Reform des Bildungswesens.

Das Schwergewicht dieser Arbeit liegt in Afrika, auf das 48 % der Stiftungsvorhaben entfallen. Es folgen Asien und der Südpazifik mit 32 %, Lateinamerika mit 15 % und Europa mit 5 % der ausgegebenen Mittel. Dazu leistete auch die Europäische Union einen Finanzbeitrag. In Asien arbeitet die Stiftung in China (Sozialstrukturmaßnahmen und Managementtraining). In den Philippinen und in Singapur unterstützt sie Wirtschaftsforschungsinstitute.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung wurde 1958 errichtet. Als der FDP nahestehende Stiftung ist sie der Freiheit und der Toleranz besonders verpflichtet. An Mitteln und tüchtigen Mitarbeitern hat es ihr nicht gefehlt, mit denen sie ein vergleichsweise dichtes Netz von Vertretungen über die Regionen spannen konnte, das eine in Jahrzehnten gewachsene Vielzahl von Vorhaben zu betreuen hat. Mit diesen Projekten wird ein weites Feld abgedeckt, von Facharbeiterausbildung über Journalismusförderung zu Rundfunk, Fernsehen, Industrie- und Handelskammerwesen bis hin zu Minderheitenschutz und Menschenrechten fehlt eigentlich kein Bereich, der von seiner individuellen Bedeutung her nicht förderungswürdig wäre.

Die Stiftung ist jetzt bemüht, ihre Aufgabenfelder neu zu gliedern, zu ordnen und sich von Projekten zu entlasten, die in den Jahren, vielleicht zu wenig kontrolliert, heranwachsen konnten, ohne ein besonderes liberales Kennzeichen zu tragen. Die einleitende Überschrift des

letzten Jahresberichts der Stiftung lautet "1992. Liberale Werte in Gefahr." Dieses Urteil wurde über einen Zeitabschnitt gefällt, der nach verbreiteter Meinung auch eine hoffnungsvollere Charakterisierung gerechtfertigt hätte. Aber die Stiftung begründet die gewählte Überschrift überzeugend, leider. Das Schlußkapitel ist ähnlich negativ besetzt "1992. Gewalt als Folge der Freiheit?". Wenn der Leser im Text beruhigende Antworten sucht, findet er weitere Fragezeichen.

Die Aufteilung der Auslandsmittel der Stiftung im Jahre 1992 läßt keinen Schwerpunkt erkennen: Afrika 13,3 Mio. DM, Asien 11,9 Mio. DM, Amerika 15,9 Mio. DM und Europa/Israel 13,9 Mio. DM. Die Stiftung unterhält Regionalbüros in New Delhi und Singapur. Bei der Zusammenstellung der Inlandsausgaben nach Bereichen stehen "Geschäftsstelle, technische Dienste, Administration der Auslandsprojekte" mit 18,3 Mio. DM an der Spitze, gefolgt von Politische Bildung mit 15,7 Mio. DM; Forschung, Konzeption, Archiv mit 3,6 Mio. DM; Publikation, Öffentlichkeitsarbeit mit 1,7 Mio. DM und Baumaßnahmen mit 6,3 Mio. DM.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung begann ihre Arbeit 1956 mit dem Bildungszentrum Eichholz. Seit 1964 trägt sie ihren jetzigen Namen. Sie ist zusammen mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung die größte politische Stiftung. Beide Stiftungen sind der größte Zuwendungsempfänger bei den Globalmitteln des Innenministeriums, der Schlüssel ist 35:35:15:15 (KAS/FES/FNS/HSS). Beide Einrichtungen haben den Begriff der politischen Stiftung, den es vorher in Deutschland nicht gab, mit Gehalt ausgefüllt und ihn geprägt. Die Adenauerstiftung unterscheidet sich mit ihren satzungsgemäß definierten Zielsetzungen formal nicht von den anderen Stiftungen. Sie hat aber von ihrem politischen Gewicht her eine größere Durchsetzungskraft. Zu ihren satzungsgemäßen Aufgaben gehören die Vermittlung politischer Bildung; die Erforschung der geschichtlichen Entwicklung der christdemokratischen Bewegung; Unterstützung der europäischen Einigung; internationale Verständigung, Entwicklungshilfe; Hilfe für verfolgte Demokraten; Förderung von Kunst und Kultur.

Ihr Aufgabenkatalog erlaubt der Stiftung die Anpassung ihrer Arbeit an die jeweiligen Gegebenheiten und Erfordernisse. Sie hat diesen Freiheitsraum genutzt und sich in einer Welt tiefgreifender politischer Veränderungen und Umbrüche mit großer Sensibilität auf die neuen Herausforderungen eingestellt.

Die Adenauerstiftung hat auf die veränderte Weltlage mit neuen Arbeitsschwerpunkten reagiert. Die schon bisher gepflegte Zusammenarbeit mit Ost- und Süd-Osteuropa wurde erheblich verstärkt. Die Stiftung ist sich dabei bewußt, daß ihre Nähe zur Regierungspartei in Deutschland auf der Seite ihrer Partner im Ausland die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ebenso erhöht, wie die Erwartung baldiger konkreter Ergebnisse. Die Stiftung fühlt diesen Zugzwang.

Die europäische Einigung mit ihrer Ostkomponente und die Fortsetzung der Arbeit mit ihren Partnern in den Entwicklungsländern stehen im Vordergrund der Arbeit der Stiftung. Sie weiß um das Momentum, das die Veränderungen seit 1989 für eine engere internationale Zusammenarbeit geschaffen haben. Sie setzt viel daran, diese Gelegenheit zu nutzen, um im Sinne ihrer demokratischen und sozialen Grundeinstellung auf die Verhältnisse in den Partnerländern einzuwirken. Im Jahresbericht 1992 heißt es dazu programmatisch: "Der demokratische Verfassungsstaat, nicht zuletzt als Grundlage einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, ist die Voraussetzung sowohl für ein menschenwürdiges Leben des Individuums als auch für wirtschaftliche Prosperität."

Das Haushaltsvolumen für 1993 ist mit 225 Mio. DM angesetzt. Größter Ausgabenposten mit fast 50 % ist dabei die Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Geographisch gesehen gegen 21 % der Fördermittel nach Afrika, 23 % nach Asien, 51 % nach Lateinamerika und 5 % in den Nahen und Mittleren Osten. In diesem Jahr beschäftigte sich eine Fachkonferenz in New Delhi (Indien) mit Fragen der Demokratie, Religion und Kultur in Asien. In den Philippinen, Kambodscha und der Mongolei standen Demokratieförderung, Ausbildungs- und Erziehungsmaßnahmen, die Privatisierung und Journalistenausbildung im Vordergrund. Bemerkenswert das noch immer erhebliche, historisch gewachsene Engagement der Stiftung in Lateinamerika. Gerade hier besteht auf seiten der Partner nach der Rückkehr parlamentarischer Systeme ein verständlicher Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit. Die Stiftung ist von der langfristigen politischen Wirksamkeit dieser Zusammenarbeit überzeugt. Israel bleibt ein Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung. In Afrika stellt sich die Stiftung auf die in den jeweiligen Regionen gegebenen besonderen Verhältnisse ein. Sie ist sich der Kompliziertheit der Verhältnisse bewußt, was auch in ihrem vorsichtigen Engagement in den Bemühungen zwischen den weißen und den schwarzen Bevölkerungsgruppen in Südafrika um ein gleichberechtigtes Zusammenleben zum Ausdruck kommt. Hier trifft sie sich mit der Ebertstiftung, wenn auch nicht am gleichen Tisch.

Wie die anderen Stiftungen, so ist sich auch die Adenauerstiftung bewußt, daß ihre Vorhaben im Ausland, namentlich in den Entwicklungsländern, sich oft dem Bereich der offiziellen deutschen Außenpolitik nähern. Dies wird indes von allen Beteiligten, die Bundesregierung eingeschlossen, hingenommen. Die Stiftungen haben hier einen Freiheitsraum, den sie in eigener Verantwortung nutzen können. Bisher waren die Erfahrungen für alle Seiten insgesamt befriedigend bis ermutigend. Sie wurden als Ausdruck der Pluralität und Liberalisierung der deutschen politischen Verhältnisse gesehen – auch im Ausland. Dabei ist es auch für die Stiftungen tröstlich zu wissen, daß im konkreten Fall eine deutsche Auslandsvertretung über die Mittel und Kontakte verfügt, um unangenehme Konsequenzen zu verhindern und daß diese Mittel dann auch wirklich eingesetzt werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste der hier behandelten deutschen Stiftungen. Sie wurde bereits 1925 in Berlin gegründet. Ihre Hauptaufgabe war die Studienförderung. Nach der Bildung der Bundesrepublik Deutschland neu gegründet, erweiterte die Stiftung ihre Aufgaben analog der Ziele, die mit der Institution der politischen Stiftungen als parteinahe Einrichtungen verfolgt wurden. Die Ebertstiftung hat stets interna-

tional gearbeitet; sie verfügte von Beginn an wegen der besonderen Geschichte der SPD über gute Kontakte zu Personen, Organisationen, aber auch Regierungen in der Welt. Dies galt auch für die Entwicklungsländer, mit denen sie rasch Projektkontakte aufnahm. Das Projektvolumen der Stiftung in diesem Bereich entspricht in etwa dem Volumen der Adenauerstiftung. Bei der regionalen Verteilung der Projektmittel gibt es Unterschiede. Für Afrika werden 34 % der Projektgelder von insgesamt 97,4 Mio. DM aufgewendet, für Asien und Pazifik 26 % und für Lateinamerika 32 %. Kontinentübergreifende Vorhaben beanspruchen 8 %. In Asien arbeitet die Ebertstiftung in 18 Ländern. In der SAARC-Zone fördert sie den gesellschaftspolitischen Dialog und bemüht sich, zur Intensivierung der südasiatischen Kooperation beizutragen. In Korea führte sie Seminare zu Finanzpolitik, Geldpolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik durch. In China, Thailand, Philippinen und Malaysia bilden die Behandlung wirtschaftspolitischer Grundsatzfragen und die Einführung von Sozialversicherungssystemen ihren Schwerpunkt. Grundsatzfragen der sozialen Marktwirtschaft wendet sie sich in China, Vietnam, Papua-Neuguinea und Kambodscha zu. Hilfe zur Entwicklung einer Umweltpolitik leistet sie in Indien und China.

Die politischen Veränderungen in der Welt haben auch die Projektpolitik der

Ebertstiftung beeinflusst. Während früher gern mit privaten politischen Gruppen und regierungsunabhängigen Einrichtungen, etwa Gewerkschaften, zusammengearbeitet wurde, deren Positionen gestärkt werden sollten, steht heute der gesellschaftliche Konsens im Vordergrund. Um Demokratiebewußtsein und soziale Marktwirtschaft zu fördern, werden zunehmend Verbände, Kirchen und die Medien in die Projektarbeit einbezogen. Auch die Form des Angebotes hat sich gewandelt. Wurden früher vorsichtige Angebote zur Unterstützung bei der Suche nach partnereigenen Lösungen unterbreitet, so haben die Angebote heute Modellcharakter, deren Übernahme angeregt wird.

Es ist abzusehen, daß das neue Projektverhalten auch zu einer grösseren Projektnähe vor Ort zwischen den beiden großen deutschen Stiftungen führt. Aus den Projektthemen ist nicht mehr zu ersehen, zu welcher Stiftung sie gehören.

Schlußfolgerungen

Allen in diesem Beitrag behandelten Stiftungen ist gemeinsam, daß ihre Programme und ihr Auftreten ein Stück deutscher Befindlichkeit reflektieren. Die Veränderungen in ihrer Arbeit in den letzten Jahren sind ein Ausfluß der Veränderungen in unserer eigenen Gesellschaft. Die Stiftungen sind bei ihrer Gründung von unterschiedlichen Vorstellungen ausgegangen, sie haben sich unter dem Eindruck der tiefgreifenden politischen Veränderungen aufeinander zu bewegt. Der Wirksamkeit ihrer Auslandsarbeit ist dies nur förderlich.

Die Leser der *Südostasien Informationen* mögen enttäuscht sein, daß die besonderen Aktivitäten der politischen Stiftungen in ihrer Region nicht näher aufgeführt sind. Es gibt eine ganze Reihe solcher Aktivitäten, aber das Bild der Stiftungen bestimmen sie nicht. Ihr Profil gewinnen sie aus ihren Projekten in Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten. In diesen Regionen gibt es die Ansatzpunkte für ihre Arbeit: geschichtliche Ressentiments, kulturelles Interesse und politische Verantwortung. Südostasien sollte darüber nicht vernachlässigt werden. Der Raum birgt ein ungeheures wirtschaftliches Wachstumspotential. Aber wirtschaftliche Erwägungen gehören – noch – nicht zu den Argumenten, mit denen die deutschen Stiftungen ihr Auslandsengagement begründen.

Gerhard Pfeiffer

Der Autor ist promovierter Volkswirt und war von 1952 bis 1965 im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik tätig, u.a. als Botschafter in der Schweiz und Sri Lanka. Er ist Vorsitzender der "Gesellschaft der Freunde der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung".

- Anzeige -

Lieber solidarisch kooperieren als unverfroren rekolonialisieren

Entwicklungspolitik im Spannungsfeld Nord-Süd-Ost

Die »bleierne Zeit« der spätestens seit dem Golfkrieg gelähmten entwicklungspolitischen Debatte muß überwunden werden. Es ist notwendig, den veränderten weltpolitischen Bedingungen Rechnung zu tragen und eigene Kriterien zu entwickeln, um das Ziel einer »ökologischen und solidarischen Weltordnung« nicht zu einer programmatischen Hülse verkommen zu lassen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN lädt daher Interessierte aus allen Politikbereichen zu einer Arbeitskonferenz über die Perspektiven zukünftiger Nord-Süd-Politik ein.

Eröffnungskontroverse mit Elmar Altvater und Ulrich Menzel zu einer Verantwortungsethik des Nordens gegenüber dem Süden.

Foren:

- I. Wie stehen wir zum praktizierten »humanitären Interventionismus« des Nordens gegenüber dem Süden?
- II. Süden und Osten in der Weltwirtschaft Integration der Märkte und Desintegration der Gesellschaften
- III. Bausteine einer alternativen Nord-Süd-Politik in der BRD

Resumée

4./5. Februar 1994

Bielefeld, Martin-Niemöller-Gesamtschule

Weitere Informationen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle
Ehrental 2-4, 53332 Bornheim, Tel. 02222-700869

